

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengehaltene Zeitspalte oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 46.

Dienstag, den 24. Februar 1920.

27. Jahrg.

Die Wahlen zu den Betriebsräten.

Die Demokratie ist unter allen Regierungsformen sicherlich für das Volk die unbequemste. Es darf nicht schlafen, darf die Dinge nicht laufen lassen, darf sich keinen politischen Winterschlaf und keine politischen Sommerferien gönnen, sondern muß stets auf dem Posten sein und seine Interessen wahrnehmen. Denn auch unter dem freiesten Wahlrecht der Welt, und gerade unter ihm, hat jeder nur so viel Einfluß, als er sich durch eigene Regsamkeit und Tüchtigkeit erwirbt, und wer nicht mitwirkt, verliert seinen Einfluß und sogar das Recht, sich zu beklagen. Außerordentlich oft wird künftig das Volk mit zu entscheiden haben. Keine Rede davon, daß die Demokratie darin bestünde, alle vier Jahre zur Wahlurne zu gehen und dann alles weitere den gewählten Parlamentariern zu überlassen. Nein, das Volk wird künftig in der Stadt, in der Provinz, im Lande, im Reiche zu wählen haben, es wird zur Wahlurne treten müssen, für die Volksabstimmungen, für die Präsidentschaftswahl, für die Wahl der Richterliste, für die Gewerbegerichte, für die Schulbeiräte und für die Betriebsräte. In jedem Jahre wird an ein paar Sonntagen Wahl sein, und die Zwischenzeit wird zur Agitation für die Wahl dienen müssen.

Das Betriebsrätegesetz, ein Stück Demokratisierung des Wirtschaftslebens, sollte bekanntlich schon vor Weihnachten fertig werden, damit noch vor Ostern die neugewählten Betriebsräte ihre Tätigkeit aufnehmen könnten. Die Verabschiedung der Vorlage hat sich seither verzögert, aber das Ziel schleunigsten Eingreifens der Betriebsräte in das Wirtschaftsleben ist geblieben. Die Wahlen zu den Betriebsräten müssen beschleunigt werden, und sie stehen jetzt dicht vor der Tür.

An sich wäre es zweifellos Sache der freien Gewerkschaften, in Gemeinschaft mit den Arbeitern jedes einzelnen Betriebes die geeignete Person für den Betriebsrat auszuwählen, die Wahllisten aufzustellen, den Wahlkampf durchzuführen. Denn die Betriebsräte sollen nach der Absicht des Gesetzgebers rein wirtschaftliche Zwecke erfüllen, und sie müssen ganz vorwiegend wirtschaftlich gerichtet sein, wenn das Betriebsrätegesetz seinen Nutzen stiften und nicht eines Tages elend Schiffbruch leiden soll. In den meisten Orten Deutschlands werden denn auch, gemäß den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse und den Anweisungen des deutschen Gewerkschaftsbundes, die Freien Gewerkschaften sich die Führung bei der Betriebsrätewahl nicht aus der Hand nehmen lassen. Nur in Berlin und einigen anderen Orten ist die Einheit der Gewerkschaftsbewegung nur noch eine äußere Hülle. In Wahrheit kämpfen innerhalb der Gewerkschaften zwei politische Parteien unaufhörlich um die Vormacht, und manche gewerkschaftliche Aktion scheint weniger unternommen, um die wirtschaftlichen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu fördern, als vielmehr dazu, den radikalsten Parteien bequemen Agitationsstoff gegen die Regierung und Regierungsparteien zu liefern. Überall, wo die „Unabhängigen“ die Mehrheit in den Gewerkschaften erlangt haben, haben sie die mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsangehörigen schleunigst gemahregelt und durch Entreechtung der mehrheitssozialistischen Gewerkschaftsmitglieder diese zu Kolonnen zweiter Klasse degradiert. Eine solche Gewaltpolitik muß auf die Dauer die Einheit der Gewerkschaftsbewegung zertrümmern, und in Berlin besteht die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung zwar noch formell, tatsächlich aber stehen sich „Unabhängige“ und Mehrheitssozialisten auch in der Gewerkschaft als geschworene Feinde gegenüber.

Zu den bevorstehenden Betriebsratswahlen hatte die Berliner Gewerkschaftskommission beschlossen, daß sie die Leitung der Wahlbewegung in die Hand nehmen würde. Der Gewerkschaftssekretär, unser Genosse Köster, hatte den Auftrag erhalten, das erste aufklärende Flugblatt herauszubringen, das in der Auflage von einer Million verteilt werden sollte. Aber noch ehe dieser Beschluß ausgeführt werden konnte, haben die „unabhängigen“ Mitglieder der Gewerkschaftskommission sich mit ihrer örtlichen Parteileitung und irgendwelchen Wilden, sogenannten revolutionären Betriebsräten, zusammengetan, um eine eigene Kandidatenliste herauszubringen, welche angeblich die Arbeitsgemeinschaften (Warum nicht auch die Tarifverträge?) unbedingt verweigert und sich zu der Formel bekannt, daß alle politische und wirtschaftliche Macht für die Räte erobert werden muß.

Damit war der Krieg erklärt: Mitglieder derselben Organisation, freie Gewerkschaftler, werden sich im Kampfe um die Betriebsräte als Feinde gegenüber sitzen. Nur die Angehörigen versuchen noch, eine einheitliche Gewerkschaftsliste aufrecht zu erhalten, aber auch bei ihnen bleibt es fraglich, wie lange sie diesen Grundsatze werden aufrecht erhalten können.

Diese Zerspaltung der Gewerkschaftsbewegung greift in ihrer Bedeutung weit über die Betriebsratswahlen hinaus. Immer enger muß damit gerechnet werden, daß radikalischer Unverstand und Terror auch die wirtschaftliche Arbeiterbewegung spaltet, wie er die politische bereits gespalten hat. Weber den Ernst und die Größe dieser Gefahr wird kein alter Gewerkschaftler sich im Zweifel sein.

Um so größere Beachtung verdienen diese Vorgänge, die schon jetzt ein dauerndes Zusammenwirken mehrheitssozialistischer und „unabhängiger“ Arbeiter in den freien Gewerkschaften als unmöglich erscheinen lassen.

Die Revision des Friedensvertrages.

Langsam, langsam stellt sich heraus, daß die deutsche Regierung doch das Richtige tat, als sie im Juni des vergangenen Jahres den Friedensvertrag von Versailles unterschrieb. Daß dieser Friedensvertrag Unerfüllbares und Unmögliches verlangte, wußte sie ebenso genau wie die Leute, die ihr aus der Unterzeichnung des Vertrages den schwersten Vorwurf machten. Für die Unterzeichnung sprach die Überzeugung, daß die Logik der Dinge die Entente zwingen würde, schließlich in ihrem eigenen Interesse von den Unerfüllbarkeiten und Unmöglichkeiten des Vertrages Abstand zu nehmen. Man mochte der Regierung vorwerfen, daß das eine ungewisse Hoffnung sei, aber die Hoffnung, welche die Gegner der Unterzeichnung in Aussicht stellen konnten, waren noch viel ungewisser. Vor allem verlangten diese Pläne, daß das deutsche Volk noch Proben der Aushungerung und Malträtierung ertragen müßte, denen es in seinem verzweifelten Zustand nach 4½ Kriegsjahren kaum gewachsen war.

Nun aber zeigt sich, daß die Hoffnungen der Regierung doch nicht durchaus aussichtslos waren. Die Logik der Dinge beginnt sich wirklich durchzusetzen. Eine immer stärker werdende Strömung dringt in den Ententeländern auf Revision des Friedensvertrages. Gewiß, nicht aus Freundschaftlichkeit für das deutsche Volk, gewiß nicht aus Mitleid mit unseren Leiden, sondern aus der kalten nüchternen Berechnung heraus, daß es ein ungeheurer Fehler der Sieger war, Mitteleuropa in einen Herd der Arbeitslosigkeit und des Elends zu verwandeln. Der Sieger berechnete sich, wie viel besser er selber dastehen würde, wenn die hundert Millionen Mitteleuropäer, die jetzt dumpf und stumpf hinvegetieren, fleißig die Arme rühren und mit ihrer Arbeit der Weltproduktion neuen Aufschwung gäben. Dabei sehen sie ein, daß der Sklave, dem man das letzte Hemd und den letzten Bissen nimmt, auch mit Peitschenhieben nicht zur Arbeit zu zwingen ist, sondern daß man, um leben zu wollen, auch leben lassen muß.

Die Nachgiebigkeit der Entente in der Auslieferungstrage und in der Militärfrage sind zwei Erfolge dieser Strömung gewesen. Gewiß keine Erfolge, die zu überschwenglichen Hoffnungen ermutigen, aber doch die ersten deutschen Schritte bei dem Versuch, Deutschland gegenüber einen anderen Kurs einzuschlagen.

Die Entwicklung wird sich weiter vollziehen. Das Einzige, was sie ernstlich gefährdet, ist das fortwährende Lärmmachen unserer Alldeutschen, das natürlich den Angst-, Haß- und Rachepolitikern jenseits der Grenze Wasser auf die Mühlen leitet und die Arbeit der Revisionsfreunde in den Ententeländern unendlich erschwert. Alle die alldeutschen Tumulte, Attentate, Versammlungsprengungen, Demonstrationen, Schreien usw., muß das deutsche Volk damit büßen, daß die Revision des Friedensvertrages sich länger hinzieht, als das sonst der Fall sein würde.

Würde das deutsche Volk bei den nächsten Wahlen die ungeheure Torheit begehen, sich den alldeutschen Gehäpstelern an den Hals zu werfen, so würde es damit nichts anderes erreichen, als daß es selbst die Bewegung zur Revision des Friedensvertrages mutwillig vernichtet hätte.

Amerika zieht sich vom Völkerbund zurück.

Einer Meldung aus Washington zufolge nahm der Senat mit 45 gegen 20 Stimmen den Vorbehalt des Senators Lodge zum Friedensvertrag von Versailles an, der die Nichtbeteiligung der Vereinigten Staaten am Völkerbund vorsieht.

Die Londoner Besprechungen.

Aus London wird gemeldet: Die Friedenskonferenz hat am Sonntag in der Downingstreet eine Sitzung abgehalten. Anwesend waren Lloyd George, Jules Cambon, Bethelot und Ritté. Das offizielle Communiqué, das nach der Versammlung veröffentlicht wurde, besagt: Die Beratungen über den Friedensvertrag mit der Türkei seien wieder aufgenommen und schon bedeutend gefördert worden.

Eine neue Verbandsnote an Südslawien.

U. Belgrad, 23. Februar. Der englische und französische Gesandte überreichten gestern der neuen Regierung in Belgrad abermals eine mit 14 Tagen befristete Note, in welcher das Ultimatum vom 20. Januar in der Adriafrage wiederholt wird. England und Frankreich versuchen — offenbar in der Meinung, daß die konervative Regierung die Fragen der Außenpolitik anders als die demokratische behandeln werde — einen Druck auf Jugoslawien auszuüben. Indessen ist eine Veränderung des jugoslawischen Standpunktes in der Adriafrage selbst wenn Wilsons Intervention nicht eintreten würde, undenkbar. Die Regierung nahm die neue Note der Alliierten entgegen und wird sie höflich, aber entschieden beantworten.

Polnischer Militarismus.

Nach zuverlässigen Berichten, die inzwischen auch von der polnischen Presse (Dziennik Berlinski) bestätigt werden, haben

die Polen in den ihnen soeben erst abgetretenen preussischen Gebieten schon mit Maßnahmen zur Rekrutierung der wehrfähigen Mannschaften begonnen. Offenbar sollen diese später mit an der polnischen Ostfront Verwendung finden. Betrachtet man diese schleunigen Maßregeln der Polen in den ihnen erst vor ganz kurzer Zeit überlassenen Landesteilen, dann wird man ganz besonders gut verstehen, warum sie kein Mittel scheuen, um die zahlreichere Bevölkerung Oberschlesiens und Masuriens bei den kommenden Abstimmungen für sich zu gewinnen. Während Deutschland entmilitarisiert ist und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft hat, starrt Polen von Waffen und wird jetzt und in Zukunft alle Mühe haben, sich seiner östlichen Nachbarn zu erwehren. Polen ist der Herd des östlichen Militarismus. Die Aufwendungen für sein Heer übersteigen schon heute bei weitem seine Leistungsfähigkeit. Diese Tatsachen dürften angesichts der kommenden Abstimmungen in Oberschlesien und Masurien zu denken geben!

Die Entschädigungsforderung Polens an Rußland.

U. Warschau, 23. Februar. Finanzminister Grab ski legte der Landtagskommission die Entschädigungsansprüche Polens an Rußland vor, die in die Friedensbedingungen Polens einbezogen werden sollen. Polen verlangt eine Entschädigung für alle von den Russen in Ostgalizien angelegten Schäden, für die Requisitionen auf dem ganzen Gebiet Polens und die Rückverlängerung der Guldensulden. Polen ist bereit, einen Teil der Summen in Waren anzunehmen. Der Rest muß in Gold gezahlt werden.

Aus dem besetzten Gebiet.

Ein Zwischenfall.

In Boppard wurden Sonntag acht Fahnen der Alliierten von dem Soldatenheim abgerissen und fortgeschafft. Der Vertreter der Rheinlandkommission fordert, daß die Sache sofort untersucht wird. Wenn der Täter nicht ermittelt werden sollte, so würde die Stadt die Verantwortung zu tragen haben.

Die besetzten Regionen.

Im „Dürkheimer Anzeiger“, der in Bad Dürkheim (Pfalz) erscheint, fand dieser Tage folgende Anzeige:

Sattel- und Jaum-Zeug, Fabrik für Pferdegeschirre, für Landwirtschaft und Luxus-Kristall, Spezial-Weise für die besetzten Regionen Elsaß-Lothringen, Rheinprovinz und Rheinpfalz, Etablissements Roger à Poissy, Seine-et-Oise (Frankreich).

Wie der „Frankf. Ztg.“ dazu mitgeteilt wird, können die Zeitungen in den „besetzten Regionen“ derartige Anzeigen nicht ablegen, auch wenn sie mit dem Text nicht einverstanden sind. Es bleibt also nichts anderes übrig, als daß die Bewohner der „besetzten Regionen“ der Pfalz von der verlockenden Spezial-Offerte keinen Gebrauch machen.

Der Prozeß Helfferich-Erzberger.

U. Berlin, 23. Februar. Einen breiten Raum in den heutigen Verhandlungen nehmen die Auseinandersetzungen zwischen den gegnerischen Parteien ein, inwieweit die neuen Beweisurteile des Angeklagten, die sich nicht auf die in der Broschüre enthaltenen Anschuldigungen beziehen, zugelassen werden sollen. Es handelt sich hierbei besonders um die Frage, ob der Reichsfinanzminister als Zeuge in diesem Prozeß widersprechende Angaben gemacht hat. Nachdem der Oberstaatsanwalt darauf hingewiesen hat, daß eine Klärung dieser Frage auch durchaus im Interesse des Nebenklägers liege, einigen sich die Parteien darauf, ihre Stenogramme dem Gericht zu übergeben, damit dasselbe sich ein Urteil in dieser Angelegenheit bilden kann. Hierbei wird festgelegt, daß in dieser Woche von Montag bis Donnerstag verhandelt wird. Dagegen wird der Freitag und Sonnabend verhandlungsfrei bleiben. Bei der darauf folgenden Erörterung des Falles

„Sapag“

geht es außerordentlich erregt zu, sodaß der Vorsitzende Mühe hat, eine geregelte Verhandlung aufrecht zu erhalten. Sowohl der Finanzminister als Helfferich, als auch die gegnerischen Anwälte unterbrechen sich oft und greifen sich wiederholt in scharfster Weise persönlich an. In seiner Darlegung des Falles „Sapag“ bemerkt Helfferich, daß es typisch sei, daß der Finanzminister seine amtlichen Kenntnisse zu privaten Vorteilen ausnütze. Derselbe Herr Erzberger, der als Vorsitzender der Waffenstillstandskommission die Handelsflotte ausgeliefert hat, derselbe Herr Erzberger, der infolge seiner amtlichen Eigenschaften genau unterrichtet war, hat es für richtig gehalten, Börsentransaktionen in den Aktien der größten Schiffahrtsgesellschaft zu machen.

Rechtsanwalt Friedländer erwidert, daß der Reichsfinanzminister nicht unter Ausnutzung amtlicher Kenntnisse seine privaten Vorteile verfolgt habe, denn das Waffenstillstandsabkommen war bereits veröffentlicht worden, ebenso auch, daß den Neederleuten eine Entschädigung gezahlt werden sollte. Erzberger habe die Käufe nur getätigt, um damit sein Vertrauen zur ferneren Zukunft der deutschen Schiffahrt zu beweisen.

Erzberger erörtert in längeren Ausführungen, daß die Schiffe nicht ausgeliefert worden, sondern nur der Erlöse für Verfügung gestellt worden sind im Interesse der Lebensmittelversorgung Deutschlands. Sämtliche Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens seien bereits veröffentlicht gewesen. Erzberger betont, daß er diese Käufe nur aus politischen Gründen getätigt habe, und daß er die Aktien wieder verkauft habe, um sich an der Reichsanleihe zu beteiligen. Sein Besitz von 100 Aktien

Aufhebung der Höchstpreise für Gemüse.

Die mit den Bekanntmachungen der Landesstelle für Gemüse und Obst am 6. September 1919 und am 16. Dezember 1919 festgesetzten Höchstpreise für Gemüse werden mit Gültigkeit vom 25. Februar ab aufgehoben.
Lübeck, den 23. Februar 1920. (18452)
Landesstelle für Gemüse und Obst.

Am Montag, dem 23. Februar entschlief nach längerem Leiden unter hochverehrter

Senior-Chef Herr Julius Lissauer

Wir betrauern den Heimgang dieses vor-
trefflichen Mannes und werden sein Andenken
stets in Ehren halten. (18425)
Lübeck, den 24. Februar 1920.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen
der Firma M. H. Lissauer & Co.

Nach langen schweren
Leiden starb am 22.
Februar, morg. 5 Uhr
meine innigstgeliebte
Frau, meiner Kinder
treulichste Mutter,
unserer Sante, Schwie-
germutter und Groß-
mutter
Caroline Kochlin
geb. D r e w s
im Alter v. 59 Jahren.
Zuletzt erkrankt von den
Angehörigen u. allen,
die ihr nahe standen.
Julius Kochlin,
Hochschol. Kol. 95.
Beerdigung Donner-
stag, Beginn der
Trauerfeier 2 1/2 Uhr
im Sterbehause. (18424)

Allen Verwandten,
Freunden und Bekann-
ten die tieftraurige Nach-
richt, daß unsere liebe,
gute Tochter, Schwester
und Schwägerin
Elsa Jarchow
im fast vollendeten 25.
Lebensjahre nach kurzer
schwerer Krankheit am
21. Februar sanft ent-
schlafen ist. Dies zeigen
schmerzhaft an
die tiefbetraurten Eltern
Friedrich Jarchow und
Frau Maria geb. Wriedt
nebst Geschwistern,
E. Jarchow u. Frau
geb. Blöb.
Hella Jarchow,
H. Heinrich u. Frau
geb. Jarchow.
Karl Jarchow.
Die Beerdigung findet
am Mittwoch, d. 25. Fe-
bruar, vom Trauerhause
Fremdenweg 37, nachm.
1 1/2 Uhr, aus statt. (18423)

Im Sekretariat

haben einige Bureau-Diffi-
cultäten auszufüllen. Be-
schäftigung. Meldungen
diesbezügliche Zimmer 11. (18422)

Friedrichshof.

Neben Mittwoch: Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. (18417)
Gr. Tanzkränzchen

Kaufe Mittwoch, d. 25. und
Donnerstag, den 26.
Februar, von 10 bis 6 Uhr.

alte Gebisse

per Zahn 16, 18, 70, 250 Mt.
bis
in Lübeck, Zentral-Hotel,
Schiffelbuden 12, I. Etage, Zimmer 18.
18443 Frau Remowatzek.

Hühneraugen, Bellen, Hornhaut, Warzen,
werden schmerzlos, sicher und schnell beseitigt durch
Bilz Hühneraugensalbe
Dose 3 - Mt. Versand: Grüne Apotheke, Ortfurt.

Ankauf von alten Gebissen

auch einzelnen Zähnen
mit echten Stiften.
Zahle per Zahn 13-200 Mt.
Der Ankauf findet vom Sonntag, dem 22.,
bis einschließlich dem 25. Februar, von
9 bis 7 Uhr statt im
Bahnhofs-Hotel, Obertrave 3, Ecke Holstenstr., Zimm. 2.
Also kein Zahn unter 13 Mark.
Wittenhagen.

Bei u. Fahrrad a. fr. gel.
Ang. u. M F 25 a. d. Exp.
Zu kaufen gel. 1 Trau-
ring. Angeb. u. B G A a.
die Exp. d. Bl. (18428)
Zu kaufen gel. eine gute
Müllertische. Ang. unter
V G a. d. Exp. (18427)
Wagenwinde
sucht zu kaufen (18426)
Köhne, Fleischhauerstr. 72.
Sauberes Zeitungspapier
zum Einwickeln faust 18458
Th. Hamann, Markt 7.
Zugtaufen schw. Hund.
gea. Unt. abzuholen nach
6 Uhr abds. (18441)
Danmarksgrube 10/4.
Hüte werden billig
umgearbeitet und garniert.
18431) Geberbesitz. 51 a. Nr.

**Die Verfassung
des
Deutschen Reiches**
vom 11. August 1919.
Zertausgabe
mit Sachregister.
Preis Mt. 2.-.
Friedr. Meyer & Co.
**Die Unterbilanz
des ersten
Revolutionjahres**
Von J. Kaliski.
Sonderheft des „Sinn“,
sozialistische Rundschau über
das politische, wirtschaftliche
und kulturelle Leben.
Preis 1.- Mt.
Buchhandlung
St. Meyer & Co.

Prima-Wechsel
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Konzerthaus Lübeck

Morgen Mittwoch und Sonntag:
Großer Ballabend
Musik: Küstlerkapelle Sutanke.
Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.

18453
**Vollversammlung
des
Arbeiterrats**
am Dienstag, dem 2. März
abends 6 Uhr. 18451



Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platz
Nur noch 3 Tage:
Der Tempelräuber
Schauspiel in 6 Akten.
Verfasser und Spielleiter: Heinz-Karl Heiland.
In den Hauptrollen: Harry Liedtke, Bruno Decarli.

Mit dem Schicksal versöhnt.
Drama in 4 Akten.
Nach dem Roman von K. Anzengruber.

Die Briefe d. schönen Klothilde
Lustspiel. 18442
Aufführungszeiten: 4-7 Uhr und 7-10 Uhr.

FLEDERMAUS.
Kabarett-Diele. Fünthausen 17/19.
**10 Letzte Woche der
Februar-Attraktionen!**
Dienstag, 24. Febr., abends 8 Uhr
**Grosser Ehrenabend für
HADGES u. BILLER**
das berühmte mondäne Tanzpaar
in ihren neuen Tänzen.
Mittwoch, den 25. Februar,
nachm. 4 Uhr:
Wohltätigkeits-Tea
zum Besten der heimgekehrten verwundeten
Kriegsgefangenen. (18444)
Besonders gewähltes Programm. Eintritt 2 Mk.

Central-Hallen.
Am Sonntag, dem 29. Februar 1920:
Grosser Maskenball
u. Kappentest für Zuschauer.
Anfang 5 Uhr. Kassenöffnung 6 1/2 Uhr.
Der Vergnügungsausschuss
des Sparklubs Central-Hallen
(18456)

Kolosseum.
Jeden Mittwoch:
Großer Ball.
Anfang 6 Uhr. (18419) Heint. Ohde.

Neu erschienen ist:
Der
Weg zur Wahrheit.
Führervertrauen und
Führerhaß im Kriege
von einem Frontoffizier.
Preis 1 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Für Herbergen
**Fremden-
Meldezettel**
in Block.
Zu beziehen
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

**Dentist
R. Düffer**
Breite Straße 44.
Fernspr. 1587. (18418)

Empfehle
mich zum
Schleifen
von
Säbenschneidern,
Fischmessern,
Küchenmessern,
Kleinfischschneidern,
Kaffeemühlern usw.
Für jede Reparatur leichte
volle Garantie. (18422)
Schleif- u. Stehm.
Otto Beier, Fünthausen 29.

Einladung zur
Hauptversammlung
des
Vereins f. Ferienkolonien
am Sonnabend, 28. Febr.,
5 1/2 Uhr nachm.
im Gesellschaftshause, Königstr. 5
Tagesordnung:
Sachbesprechung,
Rechnungsablage,
Wahlen. (18421)

Hansa-Theater
18416
Dienstag, Mittwoch:
Graf Habenichts.
Operette von Gilbert,
Hans Bechmann a. G.
Donnerstag:
Gastspiel
Die Büchse der Pandora.
Sittengemälde v. Wedekind.

Stadttheater Lübeck
18449
Dienstag, den 24. Februar:
22. Vorstellung im Dienstag-
Abonnement
Anfang 7 Uhr
Das Rheingold.
Von Richard Wagner.
Mittwoch, den 25. Februar:
21. Vorst. im Mittwoch-Ab.
Der Bund der Jugend.
Donnerstag, d. 26. Febr.:
Veranstaltung im Faust-
zyklus. (Nicht Schüler und
Volkshochschule).
Anfang 6 1/2 Uhr.
Vortrag. Hierauf
Der wundertätige Magus.
Freitag, den 27. Februar:
22. Vorst. i. Freitag-Abonn.
Usebill.

Hallo - Achtung!

Zweigel ist wieder da!

Zahle für

alte Gebisse bis 10 000 Mt.

Kein Zahn mit
echten
Stiften unter 15 Mark.

Platin, Altgold, Alt Silber usw., Ketten,
Ringe, Broschen in den denkbar höchsten
Preisen. (18450)

Zweigel Lübeck, Huxstrasse 99
im Laden.

Der Achtfundentag.

Es mag vielen Leuten komisch, ja widersinnig erscheinen, daß sich heute sozialdemokratische Minister eifrig bemühen, die Bergarbeiter und andere Angehörige lebenswichtiger Berufe zu einer längeren als achtstündigen Arbeitszeit zu bewegen, nachdem sie jahrzehntelang mit dem Unternehmertum einen erbitterten Kampf um die Einführung des Achtfundentages geführt haben.

Wie mit so vielen anderen Forderungen der Sozialdemokratie ist es auch mit der nach dem Achtfundentag. Wie wir nicht sozialistischer können, wenn alle Scheuer und Spelcher leer sind, so können wir uns auch nicht leichtem Herzens eine acht- oder gar sechsstündige Arbeitszeit gestatten, wenn wir nur eins besitzen um wieder in die Höhe zu kommen: unsere Arbeitskraft. Vor allen Dingen ist ihre volle Ausnutzung im Bergbau und im Transportwesen geboten. Sie hat die Grundlagen unseres Wirtschaftslebens und jeder der ohne zwingenden Grund in diesen Berufszweigen nicht seine volle Arbeitskraft einsetzt, schädigt damit das gesamte Volk. Heute ist für uns

die Wiederaufrichtung unseres Wirtschaftslebens oberste Pflicht. Haben wir dieses Ziel erreicht, dann wird kein Sozialdemokrat versuchen, auf die Arbeiter dahingehend einzuwirken, daß sie länger als acht Stunden arbeiten.

Für einzelne Gewerbebezüge wird aber trogallehem nie eine achtstündige Arbeitszeit möglich sein. Dies gilt von allem für die Landarbeiterschaft. Während der Zeit der Ernte ist es unmöglich, mit Ablauf der achten Stunde das Handwerk in die Erde zu stellen und die Ernte womöglich einem Unwetter auszuliefern. Für eine längere Arbeitszeit im Sommer, die zur Aufrechterhaltung unserer Volksernährung möglich ist, wird im Winter eine kürzere Arbeitszeit als Entschädigung möglich sein. Auch in der Krankenpflege wird man nicht, wie das jetzt überall gefordert wird, diesen alten sozialdemokratischen Grundsatz durchführen können. Man kann einen Kranken innerhalb eines Tages nicht drei oder vielleicht noch mehr Pflegerinnen anvertrauen.

Wenn also in Arbeiterkreisen immer wieder die nach unserer Ansicht berechtigte Forderung nach einem Normalarbeitstag von acht Stunden erhoben wird, so darf dabei niemals außer acht gelassen werden, welche Folgen er für die Gesamtheit des Volkes hat. Diese Rücksichten müssen in der deutschen Republik umso mehr genommen werden, als der Arbeiter nicht allein mehr für den Unternehmer, für den Kapitalisten, sondern fast ausschließlich für die Gesamtheit arbeitet. Wir Sozialdemokraten haben nie ausschließlich die Interessen einer Klasse vertreten. Die Arbeiterklasse stand uns als die wirtschaftlich am schlechtesten gestellte, naturgemäß am nächsten. Ueber ihr standen uns aber die Interessen der Gesamtheit des Volkes. Was früher schon galt, muß heute, da wird die Verantwortung am Schicksal unseres Landes tragen, umso mehr gelten. Nicht das Interesse eines einzelnen, nicht das einer Klasse, sondern das unseres so schwer geprüften Volkes muß ausschlaggebend sein.

Das sollten auch unsere Genossen und die gesamte Arbeiterschaft bedenken, wenn sie glauben, aus grundsätzlichen Gründen am Achtfundentag festhalten zu müssen.

50000 M. Verrätergelder gegen einen Regierungsvertreter.

Schon seit geraumer Zeit ist der Geheime Regierungsrat Magnus Haack im sächsischen Arbeitsministerium — bis zur Revolution Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes in Dresden — gewissen Kreisen ein Dorn im Auge, weil er durch seine Verhandlungen den Streikhebern fast jeden Streik unmöglich macht. Man ist deshalb dabei, ihn zu beseitigen. Da die lautereren Mittel ohne Erfolg blieben, bediente man sich der unlauteeren. Der erste größere Vorstoß wurde im Januar versucht, als ihn der Abg. Dressel (L. S. P.), nebenbei bemerkt, ein ganz unangenehmer Schwäger, schwerer Verfehlungen beschuldigte. Die Beschuldigungen wurden jedoch nur zu halb als leichtfertige Verdächtigungen entlarvt und übrig blieb nur die in Riesenformaten in vielen sächsischen Zeitungen mitgeteilte Erklärung der Hauptbeteiligten, daß Dressel sich leicht-

fertiger Verleumdungen bedient habe. Das hat der Abgeordnete leitamerweise ruhig auf sich sitzen lassen unter der lakonischen Ausrufung, daß das Klagen nicht seinen Neigungen entspreche. . . .

Unmittelbar nach diesen Kammerverhandlungen, in denen die „unabhängigen“ so jämmerlich schlecht abschnitten, versuchte man es auf andere Weise, den verhassten Gegner „verschwinden“ zu lassen. Es wird darüber der „Dresdener Volksztg.“ von zuverlässiger Seite das Folgende geschrieben:

Ein entlassener Beamter des Autoparks in Zwickau, Abteilungsführer Walter Schmidt, bot unmittelbar nach obigen Kammerverhandlungen dem ehemaligen Arbeiterauschuss-Vorsitzenden M. M. 50000 M. mit dem Ersuchen, ihm „Material“ gegen Geheimrat H. zu beschaffen. M. ging zum Schein darauf ein, unterbreitete jedoch das Angebot sofort seinen Mitarbeitern, die überein kamen, dem Sch. irgend etwas „Schriftliches“ in die Hände zu spielen. Anlässlich eines weiteren Gesprächs sagte dann Sch. zu M. in Gegenwart eines Zeugen, daß gewisse Kreise ein Interesse an der Beseitigung H.s aus dem Ministerium hätten. Sogar keine Vorgelegten seien damit einverstanden, wenn er verschwinde, eine Behauptung, die nur erfinden wurde, um die Arbeiter willfährig zu machen. Da Sch. sich aber weigerte, anzugeben, wer das „Material“ für das eine so auffallend hohe Summe geboten wurde, in die Hände bekommen solle, geschlugen sich die Scheinverhandlungen und die Beteiligten legten dieses Erlebnis sofort in einem Protokoll nieder, das nunmehr in den Händen des Arbeitsministeriums ist. Die Beteiligten erklären darin durch Unterschrift, daß sie jeherzeit bereit seien, ihre Behauptungen ur und Eid zu bekräftigen.

Damit wäre nun ein Sumpf, den man bisher nur vermutete, aufgedeckt. Es drängen sich zunächst einige Fragen auf: Wer sind die Kreise, die 50000 M. zu geben bereit sind, nur um einen Regierungsvertreter zu beseitigen, weil er den Streikhebern „die Streiks kaputt macht“? Wer waren die Kreise, deren Werkzeug der „unabhängige“ Abgeordnete Dressel war? Hat Dressel gewußt, daß man mit solchen Riesensummen hinter der schmutzigen Hecke gegen H. stand? Ist Dressel bereit, nunmehr mitzuhelfen, daß diese schmutzige Korruption zerkleinert werde? Wird die Fraktion der „unabhängigen“ in deren Namen Dressel damals, die nun zu durchschauenden falschen Anschuldigungen erhob, dazu Stellung nehmen? Werden die „unabhängigen“ Blätter, die sich damals mit etwas sehr verdächtigem Eifer zum Werkzeug der Ankläger gemacht haben, ehrlich genug sein, ihren Lesern nun auch mitzuteilen, daß das Angebot von 50000 M. deutlich beweist, daß hier ein Fall politischer Niedertracht vorliegt?

Bis zur Beantwortung dieser Fragen will unser Dresdener Bruderblatt mit seinem weiteren Material, das diesen Sumpf zu beleuchten imstande wäre, noch zurückhalten.

Die Not der Bühnenmitglieder.

Von E. Friedebach, Vorsitzender des Deutschen Chorjänger- und Ballettverbandes, Mannheim.

Die Teuerung schreitet immer höher und höher und stellt an die Zahlungsfähigkeit der deutschen Bürger Anforderungen, die nur gelöst werden können, wenn das Einkommen gleichen Schritt mit den notwendigsten Ausgaben hält. Das trifft aber vor allem bei den Bühnenmitgliedern nicht zu, so daß diese bitterste Not leiden. Die deutsche Reichsmark gilt im Ausland fast nichts mehr; sie stand in den letzten Tagen auf knapp über 5 Centimes in der Schweiz gegen 125 in Friedenszeiten. Das bedeutet, daß wir heute das 25fache im Preis anwenden müssen, wenn wir etwas in der Schweiz kaufen wollen, gegenüber 1914. In Holland gilt unser Geld noch weniger und in Spanien desolate. Aber auch im Inland versucht sich alles was zu „verkaufen“ hat, der Weltwut anzupassen, so daß wir heute mit einer Preiserhöhung von allermeistens 150% durchschnitlich zu rechnen haben. Demgegenüber bedeuten die Einkünfte der Chor- und Ballettmitglieder — man muß es einmal aussprechen — Hungerlöhne. Laut Statistik beweisen sich die Einkünfte der Chormitglieder 1913/14 monatlich zwischen 140 und 180 M., das der Ballettmitglieder zwischen 120 und 130 M. Nun war man sich schon damals darüber einig, daß diese Beträge nicht zeitgemäß genannt werden konnten und wir waren gerade daran, nennenswerte Erhö-

hungen anzustreben, als der Krieg ausbrach und alles über den Haufen warf, indem alle Bühnen den Betrieb einstellten und ihren Mitgliedern auf Grund der Kriegskündigungs Klausel kündigten. Nach und nach jedoch hob sich das Theatergeschäft auf eine nie gekannte Höhe und erbrachte den Unternehmern Riesengewinne. Aber die Belohnung der Mitglieder blieb beim alten, ja man „spielte sogar noch jahrelang auf gekürzten Bezügen“. Sogar Bühnen in künftigen Betrieben erbrachten Ueberflüsse, besonders dort, wo es sich um sogenannte gemischte Systeme handelte. Heute lassen manche Betriebe hinsichtlich der Besucherzahl nach, andere erfordern wegen Erhöhungen der Mitgliederbeiträge nennenswerte Zuschüsse. Der Privatunternehmer, der sein Geschäft in Ruhe sein Erworbenes zu verzehren und denkt nicht daran, seine darben- den Mitglieder an seinem Gewinne partizipieren zu lassen; er sorgt für einen Nachfolger und übergibt diesem seinen Nachertrag. Er selbst hat „genug“. Dies die eine Seite. Auf der anderen Seite stehen Stadtgemeinden und Landesregierungen, die stets Zuschüsse leisten mußten und zwar in letzter Zeit immer höhere. Das sei anerkannt. Es dürfte sich aber immerhin lohnen, hier ein klein wenig zu unteruchen, ob diese Zuschüsse in gleicher Weise fließen, wie die Geldentwertung auf der anderen Seite fiel und ob man sie nicht trotzdem hätte eindämmen können durch entsprechende Erhöhung der Eintrittspreise und durch Kommunalisierung anderer Betriebe.

Als Beispiel nehme ich eine süddeutsche Stadt, die schon in Friedenszeiten einen jährlichen Zuschuß von etwa einer halben Million leistete; heute muß sie rund 1300000 M. zu- schießen. Nehmen wir nur eine Steigerung der Preise oder eine Geldentwertung um das zehnfache an, so ergibt sich eine Summe von mindestens 5000000 M., die dort heute als Zuschuß geleistet werden müßte. Man sieht aus diesem kleinen Beispiel, daß hier noch eine gewaltige Spannung besteht zwischen Friedenszeiten und heute. Dieselbe Spannung, aber in noch weit höherem Maße besteht zwischen den Einkünften der Chor- und Ballettmitglieder zwischen 1913/14 und heute. Sollten die eingangs erwähnten, schon in Friedenszeiten unzulänglichen Einkommen dieser Gruppen nur einigermaßen zeitgemäße sein, so müßten die Chormitglieder heute ein festes Mindesteinkommen von 1400—1800 M. und die Ballettmitglieder ein solches von 1200—1300 M. monatlich beziehen. Sie beziehen aber nur etwa 400—500 M. Die betreffende Stadtverwaltung aber erhöht andererseits ihre Produktionspreise für Wasser, Gas, Elektrizität um, um etwa das zehnfache; sie erhebt z. B. ab 1. 1. 1920 für die Kilowattstunde Lichtstrom gegenüber 23 Pf. in Friedenszeiten, sage und schreibe 1,74 M. Die Stadtgemeinde wälzt, wie man sieht, ihre Mehrausgaben einfach auf die Konsumenten ab und diese müssen eben bezahlen, aber nur da, wo es sich nicht ums Theater handelt. Beim Theater helfen man es seither immer noch bei herkömmlich billigen Eintrittspreisen und noch billigeren Abonnements. Und wie diese, so auch die anderen deutschen Theaterstädte. Wenden sich aber die Mitglieder gekümmert an die Stadtverwaltungen, so ist eben kein Geld da und in keinem Falle wird unterlassen, auf das hohe Defizit, das das betreffende Theater aufweist, hinzuweisen. Die Wünsche werden abgelehnt.

Nicht anders ist es bei Staatstheatern. Aber der Staat weiß ganz auf die Einnahmen den Zeitverhältnissen anzupassen; er verfährt die Eisenbahnpreise usw. und verzehnfacht die Steuern und die Stadtverwaltungen erheben ihrerseits wieder die entsprechenden Zuschläge oder finden neue Steuern. Und so entsteht durch den eigentlichen Arbeitgeber ein fortwährender Verteuerungsdruck auf die eigenen Angestellten. Dieser wird ausgepreßt wie eine Zitrone und jetzt kommt das allerletzte, dann weageworfene. Von verschiedenen Seiten wird uns gemeldet, daß starke Personalübernahmen an sogar ersten Bühnen erfolgen sollen. Daß, wenn das geschieht, in erster Linie die „ausgepreßten Zitronen“ weageworfen werden, ist klar. Höher als eine ausgepreßte Zitrone scheint man die verbrauchten Arbeitskräfte bei der Bühne nicht zu bewerten, denn eine zeitgemäße Altersversorgung schuf man nicht für sie.

Ich machte vor etwa einem Jahre greifbare Vorschläge für die Stadtverwaltungen und übergab diese der interessierten Presse zur Veröffentlichung. Ein großer Teil dieser nahm meine Artikel auch bereitwillig auf. Ich schlug damals vor, die Kinos kommunalisieren, denn diese erbringen auch heute noch enorme Gewinne. Man scheint sich aber vor dem Betreten eines solchen Reichlandes gefürchtet zu haben; sogar in den Reihen unserer politischen Parteifreunde fand man wenig Verständnis. Es mangelt auch hier sehr an der nötigen Initiative. Durch die Kinos werden der breiten Masse der Bevölkerung jährlich in einer einzigen Mittelfast Millionen und Millionen entzogen, die in die Taschen von Privatunternehmern wandern, ohne denselben breiten Masse

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

I. Fortsetzung.

Nach solchen Studien in dem Dämmerlicht der alten Kirche er- läuteten dann das Haus der guten Pastorenleute nur um so gastlicher. Freilich war es gleichfalls hoch zu fahren, und der Vater meines Freundes hoffte, solange ich denken konnte, auf einen Neubau; da aber die Küsterei an derselben Altersschwäche litt, so wurde weder hier noch dort gebaut. Und doch, wie freundschaftlich waren trotzdem die Räume des alten Hauses; im Winter die kleine Stube rechts, im Sommer die größere links vom Hausflur, wo die aus den Reformationsalmanachen herausgeschnittenen Bilder in Mahagoniträumen an der weißgelüchelten Wand hingen, wo man aus dem westlichen Fenster nur eine ferne Windmühle, außerdem aber den ganzen weiten Himmel vor sich hatte, der sich abends in solennem Schein verfläute und das ganze Zimmer überlängte. Die lieben Pastorenleute, die Lehnstühle mit den roten Plüschkissen, das alte tiefe Sofa, auf dem Tisch beim Abendbrot der traulich kausende Teetisch — es war alles helle, freundliche Gegenwart.

Nur eines Abends — wir waren derzeit schon Sekundaner — kam mir der Gedanke, welche eine Vergantheit an diesen Räumen hatte, ob nicht gar jener tote Knabe einst mit frischen Wangen hier leibhaftig umhergepfungen sei, dessen Bildnis jetzt wie mit einer wehmütigen holden Sage den düstern Kirchenraum erfüllte.

Beranlassung zu solcher Nachdenklichkeit mochte geben, daß ich am Nachmittage, wo wir auf meinen Antriebe wieder einmal die Kirche besuch hatten, unten in einer dunklen Ecke des Bildes vier mit roter Farbe geschriebene Buchstaben entdeckt hatte, die mir bis jetzt entgangen waren.

„Sie lauten C. P. A. S.“, sagte ich zu dem Vater meines Freundes; „aber wir können sie nicht enträtseln.“

„Nun“, erwiderte dieser; „die Inschrift ist mir wohl bekannt; und nimmt man das Gerücht zu Hilfe, so möchten die beiden letzten Buchstaben wohl mit „Aquis submersus“, also mit „Ertränken“ oder wörtlich „Im Wasser verfunken“ zu deuten sein; nur mit dem vorangehenden C. P. wäre man dann noch immer in Verlegenheit! Der junge Wajuntus unseres Küsters, der einmal die Quarta passiert ist, meint zwar, es könne „Caju Periculoso“, „Durch gefährlichen Zufall“ heißen; aber die alten Herren jener Zeit dachten logischer; wenn der Knabe dabei ertrank, so war der Zufall nicht nur bloß gefährlich.“

Ich hatte begierig zugehört. „Caju“, sagte ich; „es könnte auch wohl „Culpa“ heißen?“

Da trat das finstere Bild des alten Predigers mir vor die Seele, und ohne viel Besinnen rief ich: „Warum nicht: „Culpa Patris“?“

Der gute Pastor war fast erschrocken. „Ei, ei, mein junger Freund“, sagte er und erhob warnend den Finger gegen mich. „Durch Schuld des Vaters? So wollen wir trotz seines düstern Ansehens meinen seligen Amtsbruder doch nicht beschuldigen. Auch würde er dergleichen wohl schwerlich von sich haben schreiben lassen.“

Dies letztere wollte auch meinem jugendlichen Verstande einleuchten; und so blieb denn der eigentliche Sinn der Inschrift nach wie vor ein Geheimnis der Vergantheit.

Daß übrigens jene beiden Bilder sich auch in der Malerei wesentlich vor einigen alten Predigerbildnissen auszeichneten, die gleich daneben hingen, war mir selbst schon klar geworden; daß aber Sachverständige in dem Maler einen künftigen Schüler alt-holländischer Meister erkennen wollten, erfuhr ich freilich erst jetzt durch den Vater meiner Freundes. Wie jedoch ein solcher in dieses arme Dorf verschlagen worden, oder woher er gekommen und wie er geheißen habe, darüber wußte auch er mir nichts zu sagen. Die Bilder selbst enthielten weder einen Namen noch ein Malerzeichen.

Die Jahre gingen hin. Während wir die Universität besuchten, starb der gute Pastor, und die Mutter meines Schulgenossen folgte später ihrem Sohne auf dessen inzwischen anderswo erreichte Pfarrstelle; ich hatte keine Veranlassung mehr, nach jenem Dorfe zu wandern.

Da, als ich selbst schon in meiner Vaterstadt wohnhaft war, geschah es, daß ich für den Sohn eines Verwandten ein Schülerquartier bei guten Bürgersleuten zu besorgen hatte. Der eiaenen Jugendzeit gedenkend, schlenderte ich im Nachmittagssonnenschein durch die Straßen, als mir an der Ecke des Marktes über der Tür eines alten, hochanehbelten Hauses eine plattdeutsche Inschrift in die Augen fiel, die verhöchentlich etwa lauten würde:

Gleich so wie Rauch und Staub verwind't,
Also sind auch die Menschenkin'.

Die Worte mochten für jugendliche Augen wohl nicht sichtbar sein; denn ich hatte sie nie bemerkt, so oft ich auch in meiner Schulzeit mir einen Heikewachen bei dem dort wohnenden Wäcker geholt hatte. Fast unwillkürlich trat ich in das Haus; und in der Tat, es fand sich hier ein Unterkommen für den jungen Vetter. Die Stube ihrer alten „Möddersch“ (Mutter Schwester) — so sagte mir der freundliche Meister —, von der sie Haus und Betrieb geerbt hätten, habe seit Jahren leer gestanden; schon lange hätten sie sich einen jungen Gast dafür gewünscht.

Ich wurde eine Treppe hinaufgeführt, und mir betraten dann ein ziemlich niedriges, aber reichlich ausgestattetes Zimmer, dessen beide Fenster mit ihren kleinen Scheiben auf den geräumigen

Marktplatz hinausgingen. Früher, erzählte der Meister, seien zwei uralte Linden vor der Tür gewesen; aber er habe sie schlagen lassen, da sie alljährlich ins Haus gedunkelt und auch hier die schöne Aussicht ganz verdeckt hätten.

Ueber die Bedingungen wurden wir bald in allen Teilen einig; während wir dann aber noch über die jetzt zu treffende Einrichtung des Zimmers sprachen, war mein Blick auf ein im Schattigen eines Schrankes hängendes Oelgemälde gefallen, das plötzlich meine ganze Aufmerksamkeit hinwegnahm. Es war noch wohl erhalten und stellte einen älteren, ernst und milde blickenden Mann dar, in einer dunklen Tracht, wie in der Mitte des sechzehnten Jahrhunderts sie diejenigen aus den vornehmeren Ständen zu tragen pflegten, die sich mehr mit Staatsachen oder gelehrten Dingen als mit dem Kriegshandwerk beschäftigten.

Der Kopf des alten Herrn, so schön und anziehend und so trefflich gemalt er immer sein mochte, hatte indessen nicht diese Erregung in mir hervorgebracht; aber der Maler hatte ihm einen blauen Knaben in den Arm gelegt, der in seiner kleinen, schlaff herabhängenden Hand eine weiße Wasserlinie hielt; — und diesen Knaben kannte ich schon längst. Auch hier war es wohl der Tod, der ihm die Augen zugeblüht hatte.

„Woher ist dieses Bild?“ fragte ich endlich, da ich plötzlich inne wurde, daß der vor mir stehende Meister, mit seiner Auseinander- setzung innegehalten hatte.

Er sah mich verwundert an. „Das alte Bild? Das ist von unserer Möddersch“, erwiderte er. „Es stammt von ihrem Urgroßvater, der ein Maler gewesen und vor mehr als hundert Jahren hier gewohnt hat. Es sind noch andere siebenachen von ihm da.“

Bei diesen Worten zeigte er nach einer kleinen Lade von Eichenholz, auf der allerlei geometrische Figuren recht zierlich eingegraben waren.

Als ich sie von dem Schranke, auf dem sie stand, herunternahm, fiel der Deckel zurück, und es zeigten sich mir als Inhalt einige stark vergilbte Papierblätter mit sehr alten Schriftzügen.

„Darf ich die Blätter lesen?“ fragte ich.

„Wenn's Ihnen Wasser macht“, erwiderte der Meister, „so mögen Sie die ganze Sache mit nach Hause nehmen; es sind so alte Schriften; Wert steht nicht darin.“

Ich aber erbat mir und erhielt auch die Erlaubnis, diese wertlosen Schriften hier an Ort und Stelle lesen zu dürfen; und während ich mich dem alten Bilde gegenüber in einen mächtigen Ohrenschmerz setzte, verließ der Meister das Zimmer, zwar immer noch erstaunt, doch gleichwohl die freundliche Verheißung zurücklassend, daß seine Frau mich bald mit einer guten Tasse Kaffee regalisieren werde.

Ich aber las und hatte im Lesen bald alles um mich herum vergelien.

wieder zugute zu kommen. Dabei werden durch die heutigen Filmvorführungen in den meisten Kinos die Seelen gerade der breiten Bevölkerungsschichten direkt vergiftet. Die Stadtverwaltungen haben sich als unfähig erwiesen, einerseits die Ueberfälle der Kinos für sich zu sichern und andererseits das Kulturniveau der breiten Massen zu heben. Sie begnügten sich mit der Bekämpfung derartiger Objekte und meinen Wunder, was sie dadurch für Verdienste in der Steuerbeschaffung erworben haben. Sie scheinen nicht zu ahnen, daß auch diese Steuer wieder auf die Eintrittspreise bei den Kinos usw. geschlagen und von der gleichen breiten Masse der Einwohner getragen werden, die ihre Seelenvergiftung dadurch nur noch teurer bezahlen muß. Es dürfte wohl nicht zu viel gesagt sein, wenn ich behaupte, daß es sehr viele Stadtverwaltungen in Deutschland gibt, die eine Mehrheit besitzt, die sich ihrer kulturellen Aufgaben bewußt ist. Ich behaupte sogar und werde es beweisen, daß die meisten deutschen Stadtverwaltungen — ich will gerne zugeben: ungewohnt — direkt kulturfeindlich sind. Beweis: das oben über die Kinos Gesagte und zweitens die teilweise fehlende Pflicht, die guten Theater einzuschränken, indem man einzelne Kunstgattungen und Personalgruppen entweder entfernen oder stark mindern will. Die Kinos werden den Nutzen und die Bürger den seelischen Schäden haben, der sich immer mehr auch gegenüber den Gesetzen und der Staats- und Gemeindegerechtigkeit unliebsamerweise bemerkbar machen wird. Man folge nur den heutigen Gerichtsverhandlungen. Mit Schrecken wird man erfüllt, wenn man die Zahl und Art der Kriminalfälle liest, die dort zur Verhandlung stehen.

Es ist daher höchste Zeit, daß man sich seitens der Städte und der Staatsregierungen darauf befinnt, welche Kulturaufgaben sie durch die Wähler zu erfüllen haben. Nimmt man dem zusammengebrochenen deutschen Volke auch noch seine guten Theater, indem man hierfür nicht die nötigen Mittel gewährt und sie dadurch ebenfalls zum Zusammenbruch verdammt, so versündigt man sich gegen den Geist und gegen das was der deutschen Theater unbedingt und in höchstem Maße benötigte deutsche Volk, für das heute die geistige Nahrung nicht weniger notwendig ist, als die leibliche.

Der Fall Haß.

Schuldige Beamte und Schadensersatzpflicht des Staates.

Zwanzig Jahre hat es gedauert, bis das alte System des deutschen Auswärtigen Amtes, die Rechte von Auslandsdeutschen zugunsten fremder Mächte zu unterdrücken, in seiner unerwünschten Gestalt aufgegeben worden ist. In der Beurteilung dieses Systems sind schon früher sämtliche politischen Parteien einig gewesen. Erst die Verschiebung der inländischen Machtverhältnisse durch die Revolution konnte die unannehmbar parlamentarische Feststellung ermöglichen, daß das Auswärtige Amt auch nicht davon zurückzukehren, in ihren Rechten gegen Auslandsdeutsche geschädigte Auslandsdeutsche in ein Irrenhaus sperren und entmündigen zu lassen, sobald sie zur Verteidigung ihrer Rechtsinteressen deutschen Boden betreten. Es sind mehrere dieser Fälle bekannt geworden.

Der berühmteste Fall, der des Plantagenbesizers Rudolf Haß aus Venezuela, jetzt in Hamburg, spielt schon seit dem Jahre 1899. Damals wurde Haß unter der Schandregierung des fremdenfeindlichen Präsidenten Castro von einem venezolanischen General auf einer Reise im Innern des Landes um fremdes Geld, das er einliefert hatte, erpreßt. Der Kommandant des deutschen Kriegsschiffes „Wineta“ schaffte ein Jahr später zwar die erpreßte Summe wieder herbei, aber die zugelangte Bestrafung des Schuldigen ist niemals erfolgt. Vielmehr zeigten die castroischen Behörden später das Bestreben, den ihnen un bequem gewordenen Deutschen in einem rechtskräftig gewonnenen Prozeß, insbesondere in dessen Zwangsvollstreckung, seit 1904 nach Möglichkeit zu drangsalieren und seinen Rechtsforderungen Widerstand entgegenzusetzen. In diesem Rechtsverlangen hat der seit April 1905 angesehene Schuß, zu dem die deutsche Reichsvertretung in Venezuela verpflichtet war, völlig verlagert. Der damalige deutsche Ministerpräsident Freiherr von Seidenborn hielt es sogar heimlich mit den venezolanischen Ministern. Die schwereren Beschuldigungen gegen Seidenborn führten im Jahre 1909 zu seiner vorläufigen Entlassung nach Berlin. Als Seidenborn sich Mitte 1906 vergewissert hatte, daß Haß nach Deutschland zurückwürde, um beim Auswärtigen Amt, Reichstag und Presse vorstellig zu werden, hatte er dem Auswärtigen Amt bei Ueberreichung von fiktivem Aktenmaterial über ihn wahrheitswidrig gehandelt. „Der Mann gilt hier als absolut verrückt“ und hatte sich kurz darauf veritaulich geäußert: „Ach, in Berlin glaubt man mir ja doch!“ Im Herbst 1906 fuhr Haß nach Deutschland, um den erwarteten Treibereien des Freiherrn von Seidenborn die Spitze zu bieten. Monate vergingen, ohne daß das Auswärtige Amt mit ihm verhandelte. Inzwischen mißte Seidenborn, der im Mai 1907 auch nach Berlin gereist war, die Karten für zu seinem Vorteil, daß Haß von der Kriminalpolizei auf Schritt und Tritt nachgeschlichen wurde, während man ihm in den offiziellen Bescheiden des Auswärtigen Amtes den ordnungsmäßigen Schuß seiner Rechte glauben machte. Schließlich schrieb Haß Mitte 1909 in berechtigter Empörung einen in der Tonart unfreundlichen Brief. Dieser Brief bot dem Auswärtigen Amt die Handhabe, bei seinem „Vertrauensarzt“ Dr. Zimmer ein Gutachten über den Geisteszustand des Haß zu bestellen. Dazu kam das seit 1906 streng geheim gehaltene Märchen, Haß habe in Venezuela geküßelt, es müsse Blut fließen, wenn er sein Recht nicht erhielt. In Wirklichkeit ist Haß der denkbar harmloseste Mensch. Dr. Zimmer erklärte selbstverständlich, Haß sei ein geisteskranker Querschnitt und müsse wegen Gemeingefährlichkeit eingesperrt werden. Das Berliner Polizeipräsidium entsprach dem Verlangen des Auswärtigen Amtes, Haß nach einer Irrenanstalt abzuschicken, zunächst nicht, sondern bestand auf seiner formellen Dedung auf einem Gutachten des zuständigen Kreisarztes Dr. Platten. Dieser weigerte sich anfangs, gegen sein Gewissen zu handeln, ist dann aber durch amtliche Drohungen gezwungen worden, ebenfalls die Notwendigkeit der Einweisung zu bescheinigen. Der ahnungslose Haß wurde dann unter einem Vorwande nach der Polizeiwache gelockt und nach der Irrenanstalt Daldorf gebracht. Hier blieb er 4 1/2 Monate und wurde im Cistenpost auf Betreiben des Auswärtigen Amtes und seines „Vertrauensarztes“ entmündigt. Am die Entlassung entstand ein heftiger Kampf zwischen der Anstaltsleitung Daldorf, einerseits und dem Polizeipräsidium und Ministerium des Innern andererseits. Die Staatsbehörden verlangten weitere Festhaltung, die Anstaltsleitung wollte längere Freiheitsentziehung nicht verantworten, da ja Haß „nur als Geisteskranker amtlich eingestempelt“ sei. In einem von Geheimrat Seyppmann kunstlos gebauten Geheimtauschen ließ auch das brandenburgische Medizinalkollegium wegen der Entmündigung die Diagnose der „Gemeingefährlichkeit“ fallen. Schließlich wurde Haß gegen den Willen der Staatsbehörden entlassen. Alle diese dunklen Zusammenhänge und viele andere handlungs Einzelheiten sind erst bekannt geworden durch Veröffentlichung des „Bundes für Irrenrecht und Irrenfürsorge“, dem auf durchaus ordnungsmäßigem Wege im Jahre 1914 ein großer Teil der Geheimnisse der beteiligten staatlichen und juristischen Behörden auf den Tisch gestossen war.

Schon in den Jahren 1909 und 1910 hatte sich der Reichstag in erregten Debatten mit der Angelegenheit Haß beschäftigt. Was der Staatssekretär des Innern Herr v. Schön zur Rechtsfertigung vorbrachte, hat sich inzwischen aus den Geheimnissen als falsch und gefälscht herausgestellt. Von konterdäriger Seite fiel damals die Erklärung, die Auslandspolitik des Auswärtigen Amtes sei hinterrott; es sei zu verwundern, wenn Auslandsdeutsche noch länger Irrenspitäler haben, genau wie alle vorher betragenen, nämlich dem Staate die bekannten Gefälligkeitsdiene geleistet und dessen sich gegenseitig, und zwar auch dann noch, als durch Veröffentlichung der Geheimnisse und durch eine Anklage des Abgeordneten Adolf Tiede (Sozial.) im Reichstag im Jahre 1914 als ausgeplündert gelten.

das Spiel verloren war. Im Jahre 1915 schaltete das Amtsgericht Hamburg auf Antrag der beiden Vormünder (des Reichstagsabgeordneten Tiede und des Rechtsanwalts Dr. Heint. Meier, Hamburg) alle Irrenspitäler verständigweise aus und hob die Entmündigung wieder auf. Das Ansehungsverfahren gegen den Entmündigten beschloß sich dagegen schwebt noch heute beim Landgericht I Berlin, Zivilkammer 22, im zehnten Jahre! Dieses Gericht hat Herrn Haß aus den Armen eines Irrenspitälers in die des anderen gehoben, keine Feststellung der Tatsachenfrage und keine Entscheidung gewagt. Der verflozene Reichstag kam wegen seiner Auflösung durch die Revolution nicht zum Beschluß.

Die Nationalversammlung hat endlich gründliche Arbeit gemacht. Der Fall wurde im Petitionsausschuß nicht weniger als sechs Tage lang eingehend behandelt. Die von dem Vertreter des Auswärtigen Amtes abgegebenen Erklärungen stellten sich bei einer nachträglichen offiziellen Bepfehlung von zahlreichen Abgeordneten mit Haß nach Maßgabe der Akten abermals als falsch heraus. Der Regierungsvorsteher hatte Wichtiges verschwiegen. Der Petitionsausschuß beschloß mit 18 Stimmen gegen 2, die Frage der Verantwortlichkeit der beschuldigten Beamten dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen; er beschloß ferner einstimmig die Ueberweisung der Frage der Schadensersatzpflicht durch den Staat an den Reichskanzler zur Verhängung.

Damit ist endlich einmal in das von den deutschen Behörden seit Jahrzehnten angewendete unheimliche System der Verurteilung, das Tausende von Opfern gefordert hat, ein kräftiger Keil getrieben worden. Schadensersatzpflicht ist das beste Mittel, solchen Schiedungen mit Hilfe gefälliger Irrenspitäler den Garaus zu machen. Nach Art. 131 der neuen Reichsverfassung hatet nun auch der Fiskus für Gutachter als Beamte, die in seinen Diensten stehen. Der mit den Behörden seit Jahrzehnten durch die dunn gehenden amtlichen Irrenspitäler ist durch den Beschluß der Nationalversammlung ebenfalls so heimgeleuchtet worden, wie sie es schon lange verdiente.

Aus dem Parteileben.

Zu Bebels 80. Geburtstag hat der Parteivorstand durch den Genossen Landrichter Otto Lang auf dem Grabe August Bebels in Zürich einen Kranz niederlegen lassen mit der Aufschrift: Dem großen Führer!

Wenn man sie packt. In einer von unserer Partei einberufenen öffentlichen Volksversammlung in Mahlsdorf hatte der unabhängige Parteisekretär Hermann Ritter nicht nur allen möglichen Mehrheitssozialisten alle erdenklichen Schlichtigkeiten nachgesagt, sondern auch dem Referenten Genossen Heilmann vorgeworfen, daß er während des Krieges die ungeheuerlichen Anstrengungen gemacht hätte, um sich vom Heeresdienst zu drücken. Als Genosse Heilmann dazwischenrief, daß dies völlig un wahr sei, erwiderte Ritter, er habe genug Zeugen dafür. Infolgedessen klagte Genosse Heilmann, und auf die Zustimmung der Menge hin gab Ritter folgende Erklärung ab:

„Hierdurch erkläre ich, daß die von mir am 22. September 1919 in einer Versammlung in Mahlsdorf getane Aeußerung, Herr Ernst Heilmann habe sich vom Heeresdienst gedrückt und sich lange Zeit gegen die Einziehung gestraubt, auf einer Verweigerung beruht. Ich nehme deshalb die getane Aeußerung hierdurch zurück.“

Berlin, den 12. Februar 1920. Hermann Ritter.“

Als Ritter den Genossen Heilmann als Drückerberger hinzustellen suchte, hat er ihn offenbar mit einer der vielen „unabhängigen“ Größen verwechselt, welche in dieser Lage sind.

Arbeiterbewegung.

Jeder blamiert sich so gut er kann. Einer Mitteilung des „Vorwärts“ entnehmen wir: Vor einigen Wochen hat Genosse Legien mit Zustimmung des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ einige Schriftstücke veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß ein höchst peinliches Verfahren gegen ihn eingeleitet wurde mit dem Ziele des Ausschlusses aus dem Deutschen Holzarbeiterverband. Die Beschwerdekommision der Verwaltungsstelle Berlin hat ihn vor ihr Forum geladen, um sich gegen die erhobene Anklage zu rechtfertigen. Der Antrag, der von einer Delegiertenversammlung ausging und von einer Generalversammlung der Berliner Mitglieder gutgeheißen war, ging dahin, „Legien wegen seiner arbeitserfeindlichen Tätigkeit vom Verbandsauschluss.“ Wirklich heißt es in dem Schreiben:

Der Ausschlussantrag wird damit begründet, daß das Mitglied Legien die Interessen und das Ansehen des Deutschen Holzarbeiterverbandes bei Beginn, während und nach Beendigung des Krieges in der schwersten Weise verletzt hat. Das Präsidium des Verbandes verlangt, daß hier eine reinliche Scheidung vollzogen wird.

Legien hat, wie aus den von ihm veröffentlichten Schriftstücken hervorgeht, damals den Verbandsvorstand erlucht, die Verwaltungsstelle Berlin anzuweisen, Verbandsmitgliedern nicht zu beschäftigen und die Mitgliederbeiträge nicht durch überflüssige Portoausgaben zu verpulvern.

Die Veröffentlichung der Schriftstücke hat ein die Beschwerdekommision der Berliner Holzarbeiter nicht gerade ehrendes Aufsehen erregt. Ihr Latendrang war aber damit nicht gestillt. In den neuesten Mitteilungen der Verwaltung“ (Nr. 8 vom 21. Februar) veröffentlicht sie einen Bericht, in welchem es u. a. heißt:

Gegen sechs Mitglieder war Antrag auf Ausschluss gestellt worden, und zwar bei fünf Kollegen wegen Streikbruch, und in einem Fall richtete sich die Anklage gegen den Kollegen Legien, Mitglied der Generalkommission, wegen Verstoßes gegen die jetzigen Anschauungen der modernen Arbeiterorganisationen, resp. Hemmung des revolutionierenden Geistes durch Wort und Schrift. In diesem Fall machte sich die Kommission den Ausschlussantrag zu eigen, wogegen bei den fünf anderen Kollegen die Sache leichter Natur war und mit einer Klage zur Erledigung kam.

Es ist in der Tat schwer, angesichts solcher Leistungen keine Satire zu schreiben. Die armen Schächer von Streikbrechern hat man kaufen lassen, aber Legien muß hinaus aus dem Verband. Er hat nicht die von den Schlauchpfeifen in der Beschwerdekommision geforderte vorchriftsmäßige Gesinnung; er hat gegen die jetzigen Anschauungen der weisen Richter verstoßen und, schrecklich, schrecklich, den „revolutionären Geist“ hat er gehemmt. Das sind Sünden, welche die gesinnungstüchtigen Konfessionsräte, die den Spruch gefällt haben, nie verzeihen können.

Das Statut der Deutschen Holzarbeiterverbandes läßt den Ausschluss von Mitgliedern zu, die sich Handlungen gegen das Interesse des Verbandes zuschulden kommen lassen (andere Ausschlussgründe kommen hier nicht in Betracht). Anscheinend hat die Beschwerdekommision die famose „Hemmung des revolutionierenden Geistes“ als eine Handlung gegen das Interesse des Verbandes betrachtet.

Die Angelegenheit hat übrigens in diesem Stadium nur die Bedeutung einer Illustration für den Geist der Unabslamtheit, der in gewissen Kreisen der Berliner Holzarbeiter herrscht. Der Beschluß der Beschwerdekommision besagt nämlich lediglich, daß nunmehr die Berliner Ortsverwaltung den Ausschlussantrag an den Verbandsvorstand stellt, der darüber eine Entscheidung fällt, die dann gegebenenfalls durch Berufung an den Ausschuss und schließlich an den Verbandstag angefochten werden kann. Daß dem Antrag an einer Stelle, die sich ihrer Verantwortung bewußt ist, Folge gegeben werden könnte, darf wohl als ausgeschlossen gelten.

Der Deutsche Textilarbeiter-Verband hielt am 15. und 16. Februar im Berliner Gewerkschaftshause eine Konferenz für die Arbeiterkassen und Kleiderfabrikerien, der Gem. Tischankfanten und Kleiderfabrikerien ab, die von 42 Orten aus dem ganzen Reiche besetzt war. K. R. K. (Berlin) verwies darauf, daß die großen Unterschiede in den Tarifverträgen auf die Festpflanzung der Arbeiterkassen zurückzuführen seien. Alle möglichen Organisationen, Fabrikarbeiterverband, Schneiderverband und sonst noch eine Reihe Verbände, schloßen für die Färber und Wäscher Tarife ab. Die Branche sei zur Veredelungsindustrie zu rechnen; außerdem seien die Betriebe der Textilberufsgenossenschaft angeschlossen. Einstimmig wurde folgender Entschluß gefasst: „Die am 15. und 16. Februar 1920 tagende Konferenz der in den Kleiderfabrikerien, Gemischen Wäschereien und Kleiderfabrikerien, einschließl. der Wäschebühelgeschäfte beschäftigten Arbeiterkassen erklärt, daß für alle Arbeiter dieser Branche der Deutsche Textilarbeiterverband die zu ständige Organisation ist. Insbesondere spricht die Konferenz aus, daß die Zuständigkeitsansprüche des Schneider- und des Fabrikarbeiterverbandes jeder Begründung entbehren. Darüber hinaus stellt sich die Konferenz auf den Standpunkt, daß die Industrieorganisation auf betrieblicher Grundlage das erstrebenswerte Ziel sein muß. Der Vorstand des Deutschen Textilarbeiterverbandes wird erlucht, bei etwaigen Verhandlungen diesen Standpunkt unverrückbar zu vertreten.“

Reich und Ausland.

Poden. In Dirschau sind vier Personen an den schwarzen Poden erkrankt.

Ein neues Kapitalverbrechen ist Sonntag vormittag in Berlin entdeckt worden. Die 28 Jahre alte, aus Galizien stammende Schneiderin Kästbaum wurde in ihrem Bett unter der Decke verdeckt mit starken Strangulationsmalen und Kratzwunden am Hals tot aufgefunden. Die Kästbaum bewohnte ein Zimmer im Erdgeschoß eines Vorderhauses mit besonderem Eingang. Obwohl sie nicht unter stittenspolizeilicher Kontrolle stand, suchte sie Männerbekanntschaften auf der Straße. Außerdem besaß sie zwei Geliebte, doch verließ der eine von ihnen zurzeit eine Gefängnisstrafe. Für die Tat fehlt jeder Anhaltspunkt. Allen Anschein nach hat die Kästbaum die Bekanntheit eines Mannes gemacht, der sie in ihre Wohnung begleitet hat. Der Tod ist durch Erdrückung eingetreten. Es scheint ausgeschlossen, daß ein Raubmord gerübt ist. Alle Wertgegenstände sind zur Stelle, und es fehlt nur eine kleine Handtasche, die aber nicht viel Geld enthalten haben kann. Von dem Täter fehlt jede Spur. Auf seine Ermittlung ist seitens der Kriminalpolizei eine Besoldung von 5000 Mk. ausgesetzt.

Eine schwere Grabschändung ist Sonntag nachmittag im Schloßpark von Charlottenburg entdeckt worden, als der Aufseher des Mausoleums die Heizung nachsehen wollte, fand er in dem Zeitraum einen vergoldeten Kranz. Er begab sich in die Grusträume, aus denen der Kranz stammen mußte, und sah nun hier eine arg Verwüftung. Der Deckel des Sarges der Königin Luise stand neben dem Sarge. Die Eindrehler hatten ihn mit Gewalt abgebrochen und den Sarg nach Schmutzlachen durchsucht. Von den Särgen der Kaiserin Augusta, des Prinzen Albrecht und des Fürsten Liegnitz haben sie einen vergoldeten Silberkranz, sechs silberne Kränze, einen vergoldeten Messingkranz und einen vergoldeten Gestein abgebrochen, vom Sarge Kaiser Wilhelms I. einen vergoldeten Kranz. Diesen haben sie auf dem Rückwege verloren. Wer die Täter sind, konnte bisher nicht ermittelt werden.

Die Schieberzentrale in Luckenwalde. Die Aufklärung der großen Metalldiebstähle in Döberitz und Jüterbog erfahrene eine Fortsetzung durch die Entdeckung einer Schieberorganisation in Luckenwalde, die Messing, Kupfer und andere Metalle im Werte von mehreren Millionen Mark erbeutet hat. Ueber 50 Beteiligte wurden allein in Luckenwalde verhaftet.

Mit der Peitsche totgeschlagen. Nach einer Zigeunerhochzeitfeier wurde die Frau des Handelsmanns Brüggemann aus Schwitten (Kreis Jericho), die an der Feier teilgenommen hatte, von ihren Angehörigen verhaften. Der Zorn muß sich auf dem Heimwege noch gesteigert haben, denn zu Hause angekommen, hat der Ehemann die Frau mit dem Peitschenstock totgeschlagen.

Ein geradezu unglaublicher Vorfall hat sich im Durchgangslager Wehlitz zugetragen. Zwei Schulbuben von 11 Jahren überleiteten den Latenzgann und wurden von einem Wachposten angerufen. Als die Kinder wegliefen und auf mehrmaligen Anruf nicht stehen blieben, schoß der Posten auf sie. Die erste Kugel fehlte, die zweite traf den 11jährigen Schüler Karl Brogge in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle.

Theater und Musik.

Im Rostocker Stadttheater gelangte am letzten Sonnabend das dreaktige Schauspiel „Maria“ von Oskar von Schönliefelb zur Aufführung. Der Verfasser, bisher Mitbeteiligter an der in Güstrow erscheinenden Zeitschrift „Kritik“, behandelt in seinem Stück ein sehr heikles Thema: Die sittliche Berechtigung der Untreue in der Ehe unter bestimmten Voraussetzungen, oder, wenn man will, sogar die sittliche Pflicht zum Ehebruch. Ob die Bühne der rechte Ort zur Erörterung solcher Fragen ist, darüber werden die Meinungen weit auseinander gehen. Man muß es jedoch Schönlieb lassen, daß er es durchweg in interessanter, dezentester Form und unter Wahrung des guten Geschmacks vermag. Der Fall liegt so: Die sonst glückliche Ehe eines reichen Stahlwerksbesizers ist kinderlos geblieben. Das ist der größte Kummer des Mannes, der den von ihm vermehrten Besitz nicht in fremde Hände gelangen lassen will. Seine Frau Maria hat durch einen Arzt erfahren, daß er, ohne es zu wissen, die Schuld an dem Fehlen des Kinderjens trägt und daß er nie Kinder zeugen wird. Ein alter kluger Medizinalrat und Hausarzt der Familie, dem sie ihr Unglück klagt, und ihre Befürchtung mitteilt, ihr Mann könnte sich deshalb das Leben nehmen, überredet sie, durch Umarmung mit einem andern Mann, und zwar dem vortrefflichsten Freund der Familie, Mutter zu werden. Weber der Freund noch der Mann sollen die Wahrheit ahnen. Das geschieht. Maria wird Mutter. Der Stahlwerksbesitzer ist als junger Vater glücklich. Aber die Frau und der Freund sind es nicht. Maria fühlt sich unrein und erniedrigt durch ihre rettende Tat, während der Freund die verschwundene Geliebte, die er nach einem Maskenball unerkannt besaß, vergeblich sucht. Doch der alte Medizinalrat, der bei seinem guten Rat an Maria auch den schnurrigen Hintergedanken verfolgte, einmal eine Probe mit der von ihm gewollten Frucht erstklassiger Menschen zu machen, zertritt die sittlichen Bedenken der Frau, bewegt sie, dem Freund der Familie alles zu gestehen, ihm damit das Phantom seiner Liebe zu rauben, aber ihn auch zugleich zu gebunden. „Sie hat viel geliebt, deshalb wird ihr viel vergeben“, so ähnlich heißt es in der Bibel von Maria und deshalb ist wohl auch der Titel und Name Maria vom Verfasser gewählt. In dem Stücke werden noch verschiedene andere Dinge, wie der Gehärdtheit, die Sozialisierung des Betriebes usw. überflüßigerweise berührt, auch auf Tischeiten, die wohl besonders geistreich erscheinen sollen, nicht verzichtet. Auf einen an theoretischen Auseinandersetzungen reichen langen ersten Akt folgen zwei kürzere, die an Spannung und Interesse bis zum Schluß gewinnen. „Maria“ ist ein Schauspiel, dem dichterische Werte kaum innewohnen, das aber literarisch doch zum großen Teil erst genommen zu werden verdient. Selbstverständlich dürfen viele nicht mit der Behandlung des Problems, wie sie hier erfolgt ist, einverstanden sein. Das ändert nichts daran, daß das Schauspiel eine geschickte Hand verrät. Um die im Wesentlichen geäußerte und gut inszenierte Aufführung machten sich besonders Elisabeth Andreas, die als Maria vom Akt zu Akt wuchs, Johannes Lehmann (Medizinalrat) und Wolfgang Grube, der sich seit seinem Fortgang von Lübeck glücklich entwidel hat, als Rettung bringender Hausfreund, verdient. Nach jedem Aufzug verließ sich der Verfasser und schließlich wurde es ein starker Erfolg, der den Verfasser zum Erscheinen nötigte.